Rok 11 Nr. 21

DER PRANGER

Eine Beilage des „Głos Górnego Slaska“, welche zur Aufdeckung u. Beilegung jeglicher Mißstände dient

Um das Elternrecht bei der Erziehung ihrer Kinder

Familie, Schule und Kirche sind die drei Faktoren, ohne deren Zusammenarbeit es keine einheitliche Erziehung der Jugend nicht gebt.

Wer dem Erziehungsberechtigten Vorschriften machen will, in was für eine Schule sein Kind gehen soll, der vergreift sich an den Naturrechten der Eltern wie auch der Kinder selbst, der geht über 2000 Jahre zurück ins drakonische Sparta, wo nur der Staat den alter ego, die Rolle der Eltern gespielt hat.

Und mit Fug und Recht erklärte **der esthonische Staatspräsident, dass nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die Erklärung der Eltern bezw. der Erziehungsberechtigten für die Zuweisung der Kinder in die Schule massgebend sei.**

Auf demselben Standpunkte steht auch das Haager Tribunal, das die **Willenserklärung** der Eltern als das einzige Kriterium für die Zuweisung zur Schule angesehen hat.

Bei uns gibt es leider sog. Auch-Pädagogen, die oben erwähnten Standpunkt nicht gelten lassen wollen. Die Direktiven hierfür geben Leute, die sich einbilden, sie als Behörde können mit anderen Kindern machen, was sie wollen, d. h. **die Eltern sollen gewissermassen gezwungen werden, ihre Kinder in die Schule zu schicken, in welche die Behörde es wünscht.**

Wenn solche Erziehungsmethoden gelten sollten, dann hätten die Eltern gar kein pädagogisch-kulturelles Verfügungsrecht über ihre Kinder mehr, sofern sie anfangen, die Schule zu besuchen.

Bei uns scheinen sich gewisse Kreise einzubilden, dass das Vaterland schon dadurch gerettet ist, wenn sämtliche Kinder in die poln. Schule angemeldet sind. Der Prozess gegen einige Erziehungsberechtigte aus Radzionkau hat wiederum bewiesen, wie „freiwillig“ diese ihre Kinder in die poln. Schule angemeldet werden sollten. Gegen wen das Meineidsverfahren eingeleitet werden wird, bleibt abzuwarten, zumal der Richter nicht gesagt hat, wer des falschen Eides verdächtig sei.

Familie, Schule und Kirche müssen zusammenarbeiten. Aber dominierend sind hierbei die Eltern. Sie haben die meiste Verantwortung, die grössten Pflichten vor Gott und der Menschheit ihren Kindern gegenüber. Sie (d. h. die Eltern) müssen auch deshalb die meisten Rechte haben.

Wer das leugnet, glaubt, ein Kind sei eine Puppe, die ge- und verkauft, oder verschenkt werden kann.

Daran muss festgehalten werden, dass das Recht der Eltern ein Naturrecht ist. Und da die Natur etwas Gutes ist, und das Gute von Gott stammt, verstösst derjenige gegen Gott, wer gegen die Natur verstösst

Jan Kustos.

Wieder ein „Swój“ als Bauleiter bei der Kathedrale mit dem „urpolnischen“ Namen Margold aus Lwów

Der Firma Krompiec baut die Kathedrale (lies die Kurie) in Katowice. Wegen Geldknappheit wurde der Bau wieder im November 1930 eingestellt. Seit dieser Zeit wartet Krompiec auf die Auszahlung von **56 000 Złoty**, die ihm das Komitee für ausgeführte Bauarbeiten schuldet.

Und es kommt noch etwas Schöneres: „Rausbuckisiert wurden Porębski und Wolański. Für Porębski kam wieder ein „Swój“, nämlich ein pens. Offizier aus Lwów mit dem **urpoln.** Namen Margold. Schade das er nicht Markgold, oder Goldmark heisst, denn sonst hätte er vielleicht Goldmark aus Deutschland gebracht. Dann könnte vielleicht die Kathedrale eher in die Höhe schiessen!

Und es scheint, dass der Kom. Budowy Katedry Śl. ohne die „Swoi“ nicht leben kann. Denn die „Swoi“ verdienen.

Der verst. Bischof Dr. Liesiecki erklärte einmal: **„Na, to będę budował Katedrę bez Ślązaków. (Na, da werde ich die Kathedrale ohne Schlesier bauen).**

Der neue Bischof Dr. Adamski denkt wohl anders. Aber die „Swoi“ sitzen im Komitee und Margold bezieht sein Gehalt. Er ist ein „Swoj“. Scheinbar ist Kan. Dr. Szramek sehr für die „Swoi“ eingenommen. **Aber dann soll er auch nach Gorolowice gehen, um dort für die Kathedrale zu Katowice Beiträge zu sammeln.** Dort werden ihm bestimmt die Goroles viel geben!!?!

Margold scheint, dass **Krompiec sein Rekrut sei.** Denn in solchem Tone schreibt man nicht an eine Firma, die seit November 1930 auf 56 000 Złoty wartet.

Also: **Den „Dolomit Śl.“ warf man 860 000 Złoty in den Rachen, der Firma Krompiec will man nicht 56 000 Złoty auszahlen. Aber bauen will man weiter, so beordert Margold. Soll denn die Firma Krompiec aus der Luft leben? Würde Margold auch weiter arbeiten, wenn er kein Gehalt bekäme?**

Keinen Groschen für die Kathedrale, solange dort solche Leute wie Margold sitzen, solange solche wie Niebieszczański et consortes im Komitee sitzen.

Wenn Oberschlesier die Spenden geben, dann dürfen „Swoi“ wie Margold aus Lwów, davon nicht leben.

Denn das verlangt die Gerechtigkeit und der Selbsterhaltungstrieb.

Rdzachron zahlte auch keine Beiträge für den Zakład Ubezpieczeń Pracowników Przemysłowych und schädigt die Angestellten

Werkmeister Theodor Banasist, der dritte Werkmeister, der sich nicht nur mit der Firma Rdzachron um Gehalt für 6 Monate klagt, sondern auch keine Arbeitslosenunterstützung erhält. Sechs Monate zahlte diese jüdische Firma keine Beiträge an den Zakład nicht.

Jetzt ist der Werkmeister Banaś ohne Gehalt, ohne Arbeitslosenunterstützung.

Solche Firma schädigt die Angestellten. Weshalb setzt sich der Zakład nicht in Verbindung mit den Finanzbehörden, um eine bessere Kontrolle über solche Firmen zu haben? — Wo bleiben die Kontrolleure des Zakład?

Wenn eine Firma 6 Monate keine Beiträge zahlt, dann muss doch verdammt schlecht mit der Kontrolle beim Zakład aussehen?

Haben die Herren Dr. Gunia und Szczur keinen Einfluss darauf? —

Wieviele Angestellten solcher Firmen wurden geschädigt?

Hier muss Remedur geschaffen werden, Herrschaften!

Wenn zu wenig Kontrolleure sind, dann muss es noch reichen.

Wir fordern die Angestellten auf, dass sie sich nicht einseifen lassen, sondern dem Zakład bei der Anstellung mitteilen, bei welcher Firma sie angestellt sind. Denn sonst laufen sie der Gefahr entgegen, dass die Firma für sie keine Beiträge zahlt.

Auf nach Genf!

Der Fürst von Pless geht mit gutem Beispiel voran.

Die unermüdlich, die Bürger bedrückende Steuerschraube ist eine derartige Last, dass sich selbst der Fürst von Pless ihrer nicht erwehren konnte. Alle Beschwerden, Einsprüche, Gesuche, Bitten, blieben ohne Erfolg.

Da man bei uns die „Blitzzugmethode“ „Już — się — robi“ eingeführt hat, nach der man **mindestens ein Jahr** auf Erledigung einer Berufung in Steuersachen warten muss, die dann nicht dem Antrag gemäss besorgt wird, so hat sich als erster der Fürst von Pless gezwungen gesehen, in Genf beim Völkerbund Schutz und Gerechtigkeit zu suchen.

Mit Fug und Recht, wenn man bedenkt, dass man dem Herrnman nur 30 000 000 Złoty Steuern geschenkt hat, wenn für Gelder der Bürger Oberschlesiens ganz Polen aufgebaut wird, wenn für Militär und Polizei fast zwei Drittel der Ausgaben verpulvert wird, wenn Oberschlesien nicht nur seine Verwaltung selbst unterhält, wenn noch ausserdem Zehnte von Mill. Zł. nach Warszawa abgeführt werden, wenn die Tangente schon über 100 Millionen Złoty überzahlt ist, wenn Warszawa nicht daran denkt, dies dem Skarb Śl. gut zu schreiben.

Und schon im Januar kam die Steuerfrage des Fürsten von Pless an die Tagesordnung in Genf. Damals war jemand dort, der die Angelegenheit quasi schlichten bezw. zu Hause erledigen wollte.

Aber zur Erledigung kam die Chose nicht. Denn Warszawa will eben soviel haben, und der Fürst erklärt, er habe seine Steuern nicht nur bereits bezahlt, sondern er sei sogar Gläubiger des poln. Staates.

Dies passt der poln. Regierung nicht. Schliesslich wurde die Sache bis auf die Septembersitzung vertagt.

Die Angelegenheit wird bis September auch noch nicht erledigt, denn schroff erklärte der poln. Staatsvertreter, die poln. Regierung habe nichts mehr dem beigefügten Schreiben hinzuzufügen.

Schade nur, dass der Inhalt der Beschwerde des Fürsten wie auch die Antwort der poln. Regierung auf sie der breiten Oeffentlichkeit nicht näher bekannt ist. Denn dadurch würden die Kaufleute und Gewerbetreibenden die Methoden der Finanzbehörden näher kennenlernen .

Nun schadet das aber auch nichts. Denn eine Beschwerde in Form einer Petition kann jeder geschädigte nach Genf an den Völkerbund bezw. Völkerbundsrat schicken.

Wir werden es auch tun. Material haben wir bereits en masse. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, dass solche Methoden (Vergleiche dazu den poln. Leitartikel), die man uns gegenüber anwendet, aufhören müssen.

Während der letzten Völkerbundsratstagung hatten wir bereits vom „Głos G. Śl.“ unseren Observator in Genf, der die dortigen Methoden genau studiert hat. Er weilt jetzt im Auslande zur Erholung und wird unseren verehrten Lesern genauen Bericht über seine Observationen geben.

Wir lassen uns nicht mehr nass führen.

Recht, muss eben Recht bleiben.

Deshalb auf nach Genf! Justitia suprema lex Silesiae Maioris esto!

„Gott zur Ehr' - dem Nächsten zur Wehr"

Mannhafte Worte an die Feuerwehr I. Katowice

Am 30. Mai. 1931 findet zu Katowice die Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr I statt.

Schon vor einigen Wochen sollte diese Generalversammlung stattfinden. Leider kam es dort zu einer Auseinandersetzung, die Dank der unkorrekten Haltung des Vorsitzenden und des Brandmeisters Nyc zu etwas ausartete, wozu nicht bei vernünftiger Leitung der Versammlung gekommen wäre.

Nun wird am 30. Mai 1931 die Generalversammlung erneut tagen. Alles, was zum Zerschlagen der Feuerwehr, zu Zwistigkeiten führen würde, muss eliminiert werden. Persönliche Momente müssen ausgeschaltet werden. Wehe dem Vorstandsmitgliede, der die aktiven Mitglieder zur Missachtung ihrer eigenen Ueberzeugung zwingen wollte, wie das in der letzten Sitzung der Brandmeister Nyc getan hat.

Die Feuerwehr als solche kennt keine Politik, keine Nationalität, keine Partei.

Der Feuerwehrmann darf sich wie im Verein so im Dienst, der dem Nächsten gilt, von keinen politischen Motiven leiten lassen.

Wehe der Feuerwehr, die sich beim Alarm fragt, ob ein deutscher oder poln. Hausbesitzer sich im Brande befindet!

Von diesem Gedanken aus muss die Leitung der freiwilligen Feuerwehr I ausgehen. Von diesem Gedanken ausgehend, muss die Generalversammlung ihre Debatten führen. Der Vorstand, der gewählt werden soll, **muss unparteiisch sein, im Vorstande darf kein Mitglied sitzen,** das sei es direkt, sei esindirekt **von Behörden abhängig ist.**

Also in diesem Sinn: Auf zur Generalversammlung!

Niebieszczanski's starkes Gedächtnis u. Wahrheitsliebe

Am 18. Mai 1931 erklärte der Eisenbahnpräsident Niebieszczański, er sei Eisenbahnpräsident in Katowice seit Mai 1927, später korrigierte er seine Erklärung, dass er erst seit dem 1. September 1929 Eisenbahnpräsident zu Katowice sei, hier aber seit Mai 1927 wohne.

Während der Verhandlung gegen Charnas erklärte Niebieszczański, er habe die Malversationen des Charnas im Jahre **1928 aufgedeckt,** dann korrigierte er tags darauf seine Aussage dahin, er habe diese **erst im Jahre 1929 aufgedeckt.**

Während der Verhandlung gegen Kustos liess Niebieszczański ins Protokoll festnageln, er habe gerade das Poenale (Konventionalstrafe) gegen die Fma „Tor" auf 500 Złoty pro Tag erhöhen lassen, obwohl dieses gewöhnlich nur 50 Złoty pro Tag beträgt. Fachleute behaupten, dass das Poenale bei solchen grossen Arbeiten gewöhnlich 500 Złoty pro Tag beträgt. Für solches Poenale wurde der Firma „Tor" **93 500 Złoty** abgezogen. — Diese Firma sollte die Arbeiten im November 1930 fertiggestellt haben, fertig war sie damit erst am 14. Mai 1931. Jemand (aus der Firma „Tor") äusserte, dass die (93 500 Złoty) gestriechen werden?!! —

Niebieszczański erklärte, Charnas sei **Oberschlesier (!!), weil er in Ruda Śl. geboren wurde!!** Darauf erwiderte Kustos: **„Charnas wurde per Zufall in Ruda Śl. geboren, als seine Mutter von den landwirtschaftlichen Arbeiten aus Deutschland nach Galizien zurückkehrte und im Zuge schon soweit war, dass sie in Ruda entbinden musste! Deshalb ist Charnas kein Oberschlieser.**

Weil Charnas 112 000 Złoty gestohlen hat, möchten ihn die „Swoi" sehr gern zum Oberschlesier stempeln. Dann müsste Laszczak auch ein **Oberschlesier** sein, weil er **90 000 Złoty** für die Ueberschwemmten in Galizien sich unberechtigt angeeignet hat. **Oder Mareniu, der mit gefälschten Maturas gehandelt und Spionage getrieben hat?** —

Ja, Panie Niebieszczański, so etwas gibt es nicht. Wahrheit muss eben Wahrheit bleiben.

Wieder 6 neue Rechtsanwälte in Katowice

Katowice ist von Rechtsanwälten schon überhäuft. Noch neuer Zuwachs soll jetzt kommen. Fast alle sind Staatsanwälte und Richter. Darunter sind Vizestaatsanwalt Daab, Unterstaatsanwalt Arendt, Richter Mazurkiewicz und andere.

Man sieht, dass sich die Rechtsanwälte doch besser stehen, wie die Richter und Staatsanwälte.

Es wäre an der Zeit, dass die Anwaltsgebühren heruntergeschraubt werden, damit sich die Anwälte besser um die Mandaten kümmern, um nicht soviel Vertagungen vornehmen zu lassen.

Wychodzą powoli szydła z worka, czyli z zebranych pieniędzy na Katedrę Śląską buduje się Kurję Biskupią

Na plenarnem posiedzeniu Komitetu Budowy Katedry pozwolił sobie Prezes Komisji Finansowo-Propagandowej Komitetu Bud. Katedry p. N. według sprawozdania „Polski Zachodniej" na następujące uwagi: „Otóż wiadomości o tem podane przez jedno **z perjodycznych pism śląskich były nie istotne i przesadzone,** bowiem djecezja wkłady swe zabezpieczyła na maszynach i budynkach kamieniołomu, jak i samym kamieniołomie."

Według „Kattowitzer Zeitung" ten sam Prezes Niebieszczański zarzucił Ludności Śląskiej, że za mało składek dawała na Budowę Katedry Śląskiej, skoro kolejarze sami złożyli nieomal pół miljona.

Otóż kochany nasz Pan Mieciu „należy" obecnie też do tej Ludności Śląskiej, gdyż, objawszy urzędowanie jako Prezes D. O. K. P. Katowice zapomniał o wyrazie Śląsk mówiąc ciągle o „wielkiem Zagłębiu". Należy on o tyle do Ludności Śląskiej, że, **objechawszy całą Polskę, „uszczęśliwił" Śląsk.** Ciekawem byłoby się dowiedzieć, **ile on i jego współziomkowie z Nadradcami, Doktorami, Inżynierami, Magistrami itp. na Budowę Katedry Śl. dali.**

Na to pytanie odpowiedzi nie dostaniemy, bo **wypadłaby paskudnie.**

Zdaje się, że Pan Niebieszczański sam się do tego Komitetu kooptował, a to po odejściu swego poprzednika Inż. Dobrzyckiego na Prezesa do Gdańska.

Jak „dobrą" była gospodarka przy Bud. Katedry Śląskiej (czytaj Kurji Biskupiej) świadczy o tem fakt, **że jeden z dobrych architektów a mianowicie Radca Magistracki Inż. Sikorski był zrezygnował z członka Komitetu Budowy Katedry, gdy się przekonał, czem taka gospodarka pachnie.** Tacy „fachowcy", jak Wolański i Porębski, **(obecnie już wylani, dzięki naszym atakom), no i Ksiądz Kan. Dr. Szramek jako Magister Fabricae sypali pieniędzmi do nie całego miljona zł., ludziom z „Dolomitów Śląskich". Podawaliśmy fakta, wyciąg całego bilansu przez nieomal cały rok 1929, nikt temu nie zaprzeczył, skargi przeciwko nam wycytowane ze strony architekta Gawlika i Inż. Porębskiego wpadły w wodę, a nie z naszej winy.**

My doprowadziliśmy do Prokuratury właścicieli Firmy „Dolomity Śląskiej". **Kurja Biskupia nie uważała za właściwe wystąpić z powództwem cywilnem przeciwko tym matadorom.**

Ksiądz Kanonik Dr. Szramek przyznał, a to na rozprawie sądowej, że przez machinacje Firmy „Dolomity Śl." **Kurja straciła około 100 do 200 tysiecy złotych,** na wszystko, obecnie ten sam Ksiądz Kanonik mówi o stracie w wysokości **95 tysiącach,** odebrawszy kamieniołomy imielińskie, których kamień się **na Katedry Śl. nie nadaje, na co mamy fachowe orzeczenia znawców. A tutaj ma Inż. Niebieszczański tą czelność powiedzieć, że wiadomości o tych stratach podane przez jedno z perjodycznych pism śląskich (czytaj „Głos Górnego Śląska") były nieistotne i przesadzone?**

Czyż potrzeba więcej do tego obłudy Panie Mieciu?!

(Dokończenie nastąpi.)

Ku uwadze D.O.K.P. Katowice i jej Prez. Niebieszczańskiego

Pan Niebieszczański oświadczył w dniu 18-go maja br. na rozprawie contra Kustos pod przysięgą, **że on właśnie popiera Górnoślązaków.** A ponieważ on to znaczy Pan Niebieszczański jest Prezesem D. O. K. P. Katowice od 1-go 10. 1929 r., dlatego podajemy jemu pod rozwagę następujący fakt:

Otóż w dniu 12-go marca 1928 r., zmarł asystent kolejowy Jan Stolorz, który miał pozasobą służby kolejowej od 1-go stycznia 1922 r. Zmarły pozostawił wdowę i dwoje nieletnich dzieci. Wdowę pozbyło w ten sposób, że jej obiecano restaurację dworcową, czyli tak zwany bufet kolejowy, dano jej 900 zł. odszkodowania, czyli jednorazowej odprawy, zaś na dzieci pobiera **aż 8 złotych** na miesiąc na każde.

Od tego czasu wdowa ta chodzi od Anasza do Kajfasza, **ma przyznaną restaurację na papierze,** ale rzeczywistej restauracji dworcowej nie posiada. Gdy jakakolwiek bądź restauracja dworcowa jest wolna, to takową otrzymają za nią inni.

Ponieważ powołujemy się na powyższe oświadczenie Pana Niebieszczańskiego, a on przecież jest człowiekiem zbyt czułym na honorze, dlatego żywimy nadzieję, że powyższe słowa przyjmnie nietylko do wiadomości, ale urzeczywistni to, co Dyrekcja owej wdowie przyznała.